

Die Bundesregierung hebt die Klimaziele weiter an. Dabei gerät die Umsetzung aufgrund der Energiekrise und der politischen und bürokratischen Hürden in weite Ferne. Das ist kontraproduktiv.

Es ist das große Paradoxon der deutschen Politik. Nie waren die Grünen so mächtig, selten war die Klimapolitik so ineffektiv und widersprüchlich.

Während in Ägypten gerade 20.000 Politiker, Wirtschaftsführer und Wissenschaftler bei der 27. Weltklimakonferenz versuchen, das 1,5-Grad-Ziel zu retten, reaktiviert der grüne Wirtschaftsminister **Robert Habeck** in Deutschland reihenweise dreckige Braun- und Steinkohlekraftwerke und kauft Fracking-Gas aus dem Ausland.

Gleichzeitig schraubt der grüne Klimaschutzminister die Klimaziele in immer neue Höhen.

Die unbequeme Wahrheit: Die Klimaschutzpolitik ist, so wie sie derzeit angelegt wird, wenig effektiv. Sie könnte sogar kontraproduktiv sein.

Der Reihe nach: Als 2015 das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet wurde, war sich die Weltgemeinschaft einig: Die Erderwärmung soll die 1,5-Grad-Grenze nicht überschreiten. Die Stimmung war hoffnungsvoll.

Der damalige US-Präsident **Barack Obama** rief den Delegierten zu:

Wir haben die Macht, die Zukunft zu ändern. Genau hier. Genau jetzt.



Barack Obama am 04.06.2009 bei seiner Kairo-Rede © dpa

Seitdem gab es viele große Reden, doch wenige große Taten.

Sieben Jahre später ist weiterhin offen, wie das Mammut-Vorhaben umgesetzt werden soll.

Die traurige Erkenntnis: Die Ziele werden nicht erreicht, nur weil man sie ausspricht.

Mehr noch: Die Umsetzung der Ziele ist weit komplexer als dessen Festsetzung.

Die Experten sind sich längst einig, dass das gemeinsame Ziel verfehlt wird.

UN-Generalsekretär **António Guterres** wählte zu Beginn der COP27 klare Worte:

Wir sind auf dem schnellsten Weg in die Klimahölle. Und wir halten unseren Fuß weiter auf dem Gaspedal.



António Guterres appelliert beim Cop27 Gipfel an die Weltgemeinschaft, schnellstmöglich zu handeln. © dpa

Die Chefin des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, **Inger Andersen**, legt ebenfalls Wert auf die Tatsache, dass ein *Weiter-so* nicht reicht:

Nur eine tiefgreifende Umgestaltung unserer Wirtschaft und Gesellschaft kann uns vor einer sich beschleunigenden Klimakatastrophe bewahren.

Und Deutschland?

Das Land der Dichter und Denker unter Klimaminister Robert Habeck nimmt zu diesem Anlass seine zeitgenössische Lieblingsrolle ein:

Die Rolle des moralischen, doch realitätsfernen Anführers.

Wenn wir es nicht hinbekommen mit allen unseren finanziellen und technischen Möglichkeiten und der breiten gesellschaftlichen Bereitschaft, Klimaschutz jetzt umzusetzen, dann werden die anderen 98 Prozent sich ebenfalls nicht daran beteiligen.

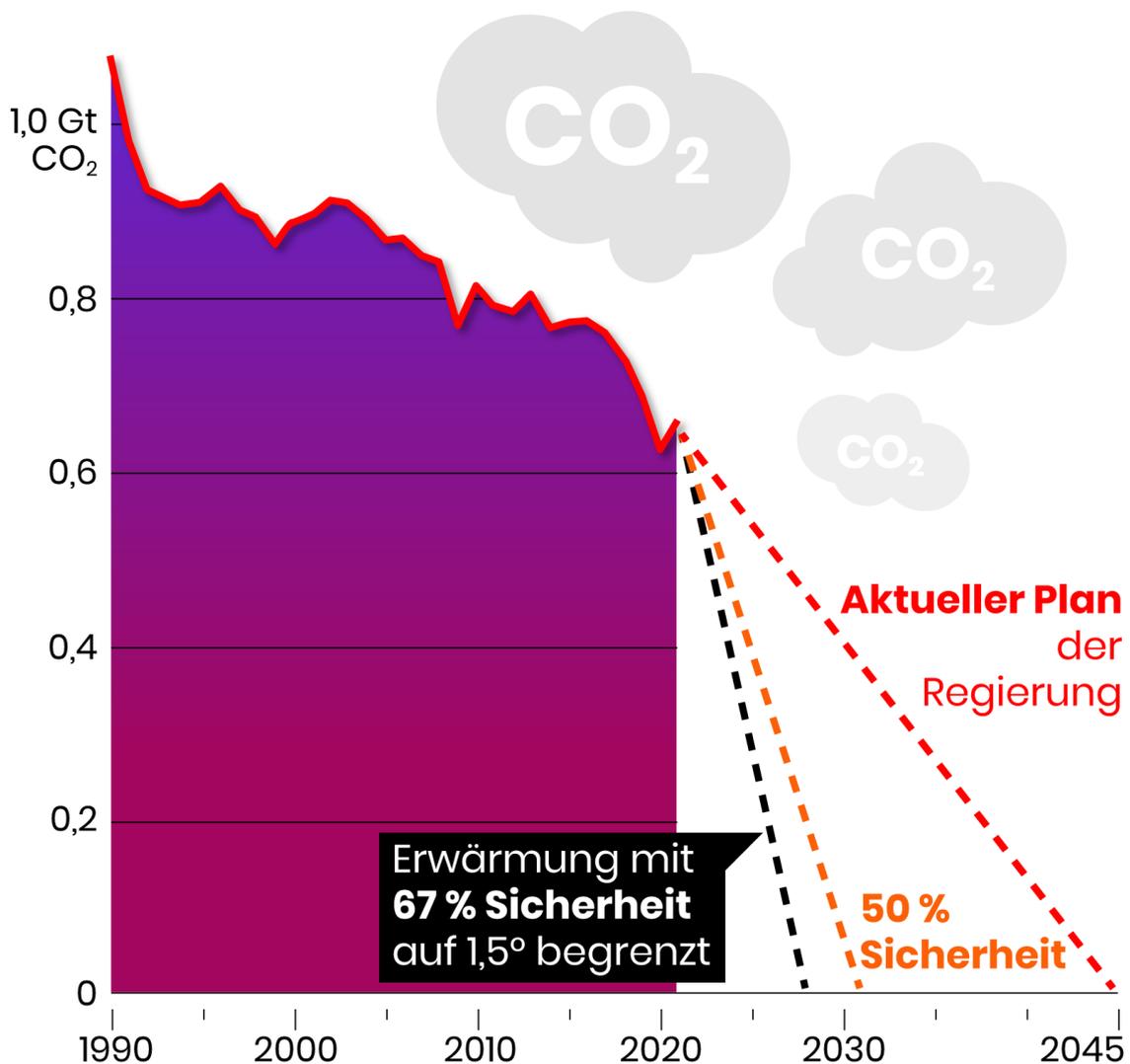
Das ließ Robert Habecks Ministerium auf *Twitter* verlauten.

Prof. Dr. Wolfgang Lucht vom Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung kommt indes zum Schluss, dass auch Deutschland mit seiner Klimapolitik die 1,5 Grad Grenze verfehlt:

Das Klimaschutzgesetz sieht Emissionen von mindestens 6,4 Milliarden Tonnen CO₂ vor. Damit würde der deutsche Beitrag zum Klimaschutz auf 1,8 Grad Celsius Erderwärmung hinauslaufen.

Eine Infografik mit dem Titel: Deutschland: Das unmögliche 1,5 Grad Ziel

Jährliche Gesamtemissionen der Sektoren des Klimaschutzgesetzes, in Gigatonnen CO₂



ThePioneer

Quelle: Sachverständigenrat für
Umweltfragen, Zeit Online

powered by
statista

INFOGRAFIK TEILEN

- [Facebook](#)
- [Twitter](#)
- [LinkedIn](#)
- [WhatsApp](#)
- [E-Mail](#)

Die Ziele des Robert Habeck scheinen von der Realität weit entfernt.

Um die Erderwärmung mit relativ hoher Sicherheit auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssten wir in Deutschland bis 2028 klimaneutral sein.

Ein völlig unrealistisches Vorhaben, wenn sozialer Frieden und Wohlstand erhalten werden sollen. Habeck aber macht unbeirrt weiter.

Aus den 65 Prozent wurde das Ziel von 80 Prozent Öko-Energien bis 2030, aus zehn Millionen Elektrofahrzeugen bis 2030 wurden 15 Millionen, aus dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 wurde 2045.

Kann man alles machen. Nur sind die Effekte einer solchen Vorgehensweise gefährlich.

Wenn sich die Klimaziele von der Realität abkoppeln, führt das im schlimmsten Fall zu einer Gegenbewegung in der Gesellschaft und dazu, dass selbst leidenschaftliche Klimaschützer sich abwenden.

Eine Radikalisierung der Klimapolitik, wie sie nicht zuletzt von Organisationen wie der "Letzten Generation" derzeit umgesetzt werden, kann zu einer Schockstarre und schließlich zu einer Anti-Haltung führen.

Die Energiekrise führt ja jetzt schon dazu, dass viele Bürger im Stillen hoffen, dass der Klimawandel uns einen milden Winter beschert.

Das sagt **Stephan Grünewald**, Psychologe und Leiter des Instituts *Rheingold* in Köln.

Seine Botschaft: Je radikaler die Maßnahmen und die Rhetorik, desto weniger erreicht dies die Menschen. "Die Klimakrise hatte bisher eine lineare Logik. Das hat eine berechenbare Funktion. Man wusste, was zu tun war." Die Klimapolitik komme aber jetzt an einen Kippunkt, weil die Eskalationslogik übernimmt, "das schreckt die Leute auf".



Aktivisten der Gruppe „Letzte Generation“ haben eine ölartige Flüssigkeit auf die Fassade am Kanzleramt gespritzt um gegen die Suche nach Öl in der Nordsee zu protestieren. © dpa

Verhaltensforscher sprechen von der "Katastrophisierung der Klimapolitik", die das Gegenteil bewirkt.

Heißt: Die Bereitschaft, sich mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, sinkt.

Selbst, wenn der Planet gerettet werden muss, müssen die Ziele nachvollziehbar und erreichbar sein, sonst machen zu wenige mit.

These: Robert Habeck hat Ziele, aber keinen funktionierenden Fahrplan.

Es sind insbesondere vier Ziele der Bundesregierung, die diese Realitätsferne entlarven.

1. Windenergie

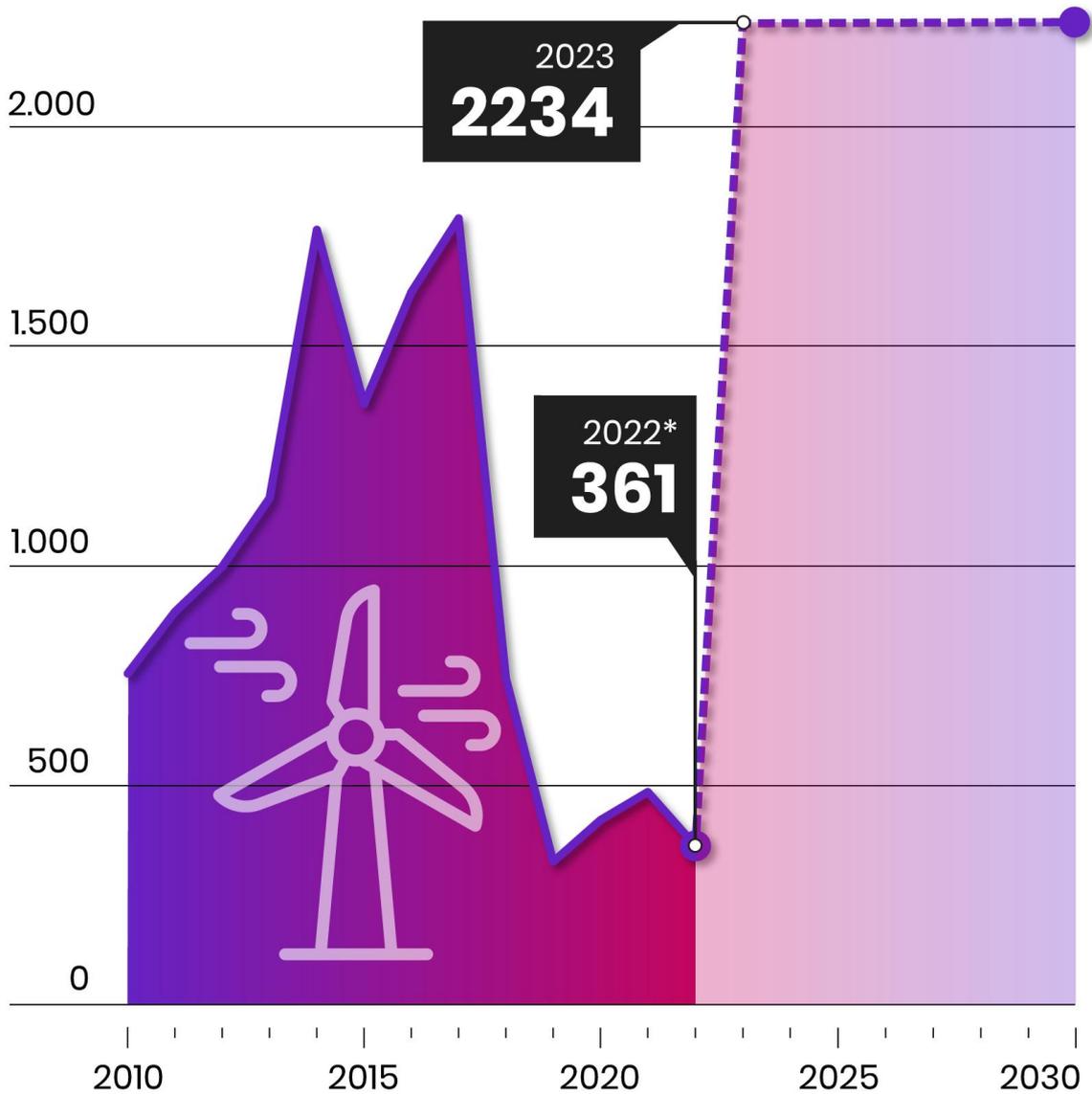
Ziel: "Um die Klimaschutzziele zu erreichen und unabhängig von fossilen Energieimporten zu werden, soll der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf mindestens 80 Prozent steigen."

Realität: 2021 lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch bei 42 Prozent. Die Windkraft ist dabei der wichtigste erneuerbare Energieträger. Sie erzeugt mehr als die Hälfte des erneuerbaren Stroms in Deutschland. Um das 80-Prozent-Ziel erreichen zu können, werden bis 2030 rund 16.000 neue Windräder benötigt, rechnet der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft vor.

Umgerechnet müssten dafür in Deutschland, Stand jetzt, noch 2.234 Anlagen im Jahr - mehr als sechs am Tag - gebaut werden.

*Eine Infografik mit dem Titel: **Windkraft: Die Luft ist raus***

Jährlicher Zubau von Windanlagen seit 2010 und benötigter Neubau bis 2030



* Januar bis September 2022

ThePioneer

Quelle: BWE

powered by
statista

INFOGRAFIK TEILEN

- [Facebook](#)
- [Twitter](#)
- [LinkedIn](#)
- [WhatsApp](#)
- [E-Mail](#)

In Realität schwächt sich der Windkraft-Ausbau ab. So wurden 2021 so wenig Windräder wie seit 20 Jahren nicht gebaut.

Ursache für die Stagnation ist der Staatsapparat selbst. **Christian Mildenerger**, Geschäftsführer des Landesverbands Erneuerbare Energien NRW hat nachgerechnet:

Wenn der Bau einer Windenergieanlage über Planungsphase, Genehmigungsverfahren und Inbetriebnahme sieben Jahre braucht und wir in acht Jahren 16.000 neue Windräder brauchen, dann müssen die quasi jetzt beantragt werden.

Sein Fazit:

Wenn die bürokratischen Hürden so bleiben, wie sie gerade sind, werden wir die Ziele der Bundesregierung nicht erreichen können.



Windräder prägen die Landschaft. © dpa

Zwar wurden dieses Jahr Dutzende neue Gesetze verabschiedet, die genau das ändern sollen. Doch die müssen noch von den Ländern übernommen werden.

Wolfram Axthelm, Chef des Bundesverbands Windenergie, glaubt, dass neue Windparks durch Bürokratie, Inflation, Zinserhöhungen und Lieferkettenproblemen für Investoren schlicht derzeit nicht attraktiv sind:

Die Fragezeichen, ob so ein Projekt am Ende aus zeitlichen Gründen und aus wirtschaftlichen Gründen umsetzbar ist, sind groß.

Und der Enthusiasmus, sich an einer Ausschreibung zu beteiligen, dementsprechend überschaubar.

Dazu kommt: Mehr ist nicht gleich besser. Die *Neue Zürcher Zeitung* hat kürzlich die Auslastung der deutschen Windkraftanlagen untersucht.

Die folgenschwere Erkenntnis:

Lediglich 15 Prozent der Anlagen haben eine geschätzte Auslastung von mehr als 30 Prozent.

Der Grund dafür ist vor allem fehlender Wind, aber auch Drosselungen infolge von Lärm- und Artenschutzauflagen. Im Süden und Westen - wo sich der Großteil der Industrie befindet - ist die

Auslastung besonders gering. Bei vielen Windparks dürfte der Ertrag deutlich unter dem Plan liegen. Folglich sind die Werke dort unwirtschaftlich.

Trotzdem sieht die Regierung vor, dass alle Bundesländer, ob im Norden oder im Süden, bis Ende 2023 zwei Prozent ihrer Fläche für Windkraft reservieren.

Momentan müssen im Norden regelmäßig Windkraftanlagen abgeschaltet werden, während gleichzeitig im Süden die Kohlekraftwerke hochgefahren werden. Alleine 2021 fielen 2,3 Milliarden Euro an Kosten für solche *Redispatch-Maßnahmen* an.

Die Lösung heißt also nicht nur mehr Windkraftwerke, sondern vor allem mehr Infrastruktur.

Um den Strom von der Küste in die industriellen Zentren zu transportieren, sollen laut Bundesnetzagentur mehr als 12.000 Kilometer neue Leitungen gebaut werden.

Davon sind allerdings bislang nur rund 2.100 Kilometer fertig. 9000 Kilometer befinden sich im Genehmigungsverfahren oder sogar davor.



Strommasten der Höchstspannungsleitung Wahle. © dpa

EON-Chef **Leonhard Birnbaum** brachte es mit dieser Rechnung unlängst auf den Punkt:

Ein Genehmigungsverfahren heute für eine 110 KV Leitung dauert, wenn es gut läuft, zehn Jahre, wenn es schlecht läuft 20, und dann fangen sie nochmal von vorne an. Es ist nicht mehr handhabbar.



Leonhard Birnbaum © Anne Hufnagl

2. Verkehr

Ziel: *“Die Emissionen des (Verkehrs-)Sektors sollen bis 2030 weiter auf höchstens 85 Millionen Tonnen CO2 reduziert werden.”*

Realität: Es gibt bisher keinen einzigen konkreten Anhaltspunkt, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Der Anteil der erneuerbaren Energien im Verkehrssektor stagniert bei 6,8 Prozent. Wer im Internet sucht, wird auf die Seite der Vorgängerregierung gelotst.

Die Präsidentin des Verbands der deutschen Automobilindustrie (VDA), **Hildegard Müller**, sagt:

Um die ambitionierten Klimaziele tatsächlich zu realisieren, muss die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Allerdings wurde das Tempolimit abgelehnt, die Anhebung des CO2-Zuschlags vertagt und die Pendlerpauschale erhöht.

Jahr für Jahr steigt auch deswegen die Anzahl der zugelassenen PKW, auch die der Verbrennermotoren.

Der Expertenrat für Klimafragen stellte deswegen unlängst nüchtern fest:

Das Klimasofortprogramm von Verkehrsminister Volker Wissing verfolge nicht mal den Anspruch, die Klimaziele zu erreichen.

Bundesverkehrsminister **Volker Wissing** (FDP) steht massiv in der Kritik.

Sein Klimasofortprogramm verfolge nicht mal den Anspruch, die Klimaziele zu erreichen, sagt der Expertenrat.



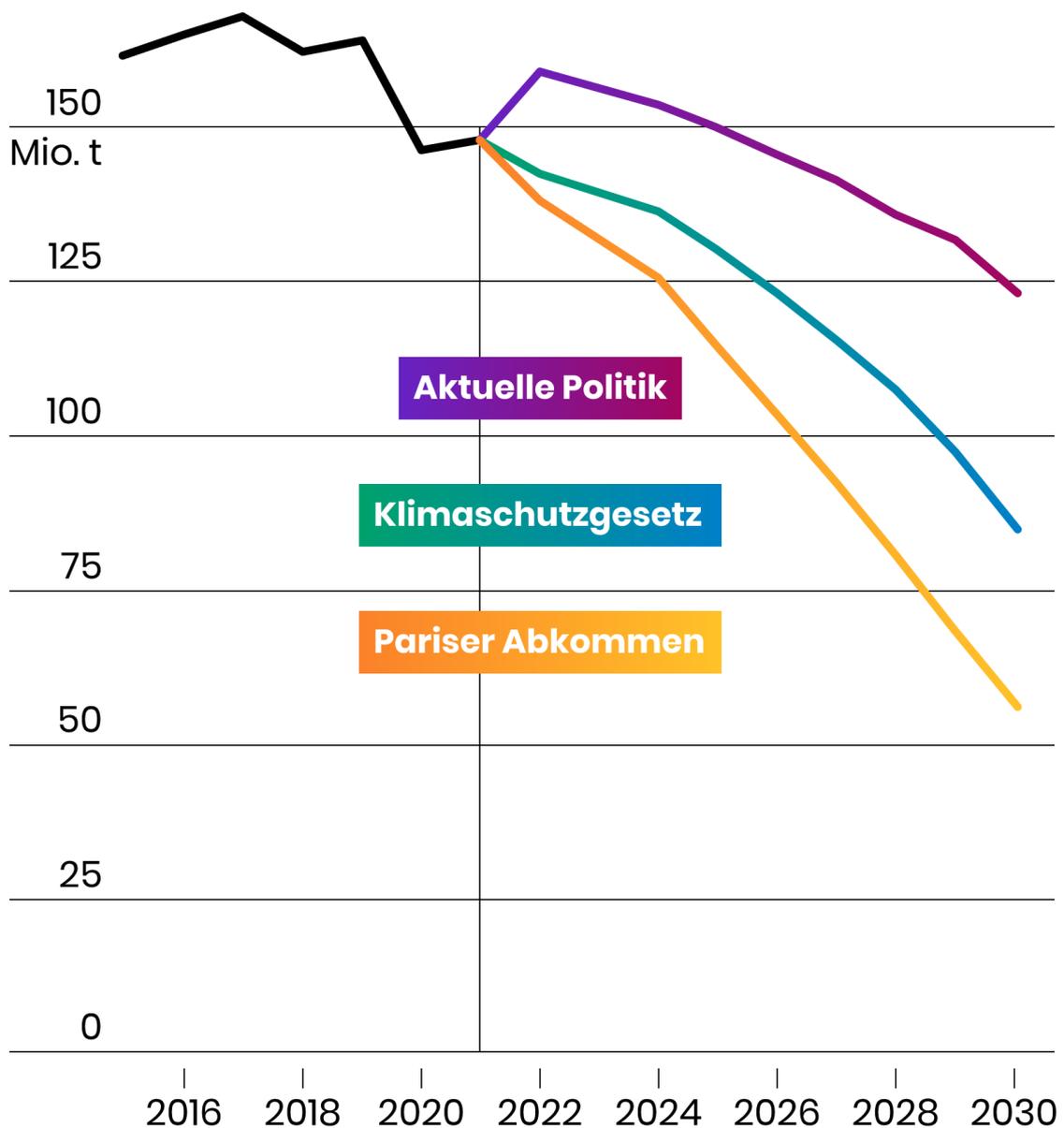
Verkehrsminister Volker Wissing und Klimaminister Robert Habeck haben Gesprächsbedarf. © dpa

Eine Analyse von *Zeit Online* hat ergeben, dass mit der aktuellen Verkehrspolitik im Jahr 2030 immer noch knapp 125.000 Tonnen CO₂ ausgestoßen werden.

Das ist rund die Hälfte mehr als geplant.

*Eine Infografik mit dem Titel: **Verkehrsemissionen: Entkopplung von den Klimazielen***

Treibhausgas-Emissionen des deutschen Verkehrs, in Millionen Tonnen CO₂



*Umrechnung der Treibhausgas-Emissionen in die für die Umwelt äquivalent schädliche Menge CO₂

ThePioneer

Quelle: Zeit Online, UBA, BMUV, BMDV,
Expertenrat für Klimafragen, German Zero

powered by
statista

INFOGRAFIK TEILEN

- [Facebook](#)
- [Twitter](#)
- [LinkedIn](#)
- [WhatsApp](#)
- [E-Mail](#)

Immerhin wurde auf Drängen der Bevölkerung das deutschlandweite 49-Euro-ÖPNV-Ticket beschlossen.

Die Umweltexperten rufen nach dem E-Auto, die Automobilkonzerne stellen ihre Produktpaletten um: Doch für die vollständige Elektrisierung des Verkehrs fehlt eine funktionstüchtige Ladeinfrastruktur.

Bisher stehen laut Bundesnetzagentur rund 70.000 Ladesäulen in Deutschland. Bis 2030 sollen es eine Millionen sein.

Der *Verband der Automobilindustrie* hat deshalb vorgerechnet:

Die Ausbaugeschwindigkeit muss sich verfünffachen.

Hinter den Ladesäulen braucht es außerdem ein leistungsfähiges Stromnetz. EON-Chef **Leonhard Birnbaum** warnt vor einer Unterschätzung des Aufwands:

Eine 30 Megawatt Tankstelle ist das Gleiche wie eine 30.000 Einwohner Stadt, die aus dem Himmel ins Netz hineinfällt und versorgt werden muss. Wenn wir jetzt entlang der Autobahn alle 60 Kilometer 30 Megawatt Anschlüsse bauen müssen, dann ist es so, als wenn entlang sämtlicher Autobahnen in Deutschland ungefähr 400 Kleinstädte à 30.000 Einwohner entstehen.

3. Industrie

Ziel: *"Die Treibhausgas-Emissionen im Industriesektor sollen bis zum Jahr 2030 auf 118 Millionen Tonnen sinken."*

Realität: Im vergangenen Jahr stiegen die Treibhausgas-Emissionen der Industrie um fünf Prozent auf 181 Millionen Tonnen an. **Barbara Schlomann** vom Fraunhofer-Institut stellt fest:

Seit 2008 war nur ein sehr geringer Fortschritt der Energieeffizienz-Entwicklung in der Industrie.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie schreibt dazu:

Innovationen und deren Umsetzung dauern in der Industrie von den ersten Grundlagenforschungen über technologische Machbarkeitsstudien sowie Pilot- und Demonstrationsanlagen bis hin zur Markteinführung üblicherweise deutlich mehr als eine Dekade. Die Wirkung neuer CO₂-armer oder -freier Schlüsseltechnologien bis 2030 ist also begrenzt.

Das Problem: Die emissionsstärksten Industriezweige sind gleichzeitig die wichtigsten - auch für die Energiewende. Stahl zum Beispiel ist wesentlicher Werkstoff für Windturbinen und Strommasten. Die Stahlindustrie ist ebenso für 30 Prozent der deutschen Industrieemissionen verantwortlich.

Die Industrie und der Klimaschutz existieren zeitgleich in Symbiose und Widerspruch.



Das Stahlwerk von Thyssenkrupp in Duisburg. © dpa

Für die Umstellung der Stahlindustrie (und vieler anderer Bereiche) gilt Wasserstoff als Schlüsseltechnologie. Mit grünem Wasserstoff betriebene Anlagen anstelle von kohlebetriebenen Hochöfen wären weitgehend klimaneutral.

Dafür müssen allerdings nicht nur alle Anlagen umgerüstet werden, es braucht auch große Mengen an Wasserstoff aus Öko-Energien.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde festgelegt, dass eine Elektrolyseleistung - Elektrolyse ist der Prozess, in dem aus Wasser und Strom Wasserstoff gemacht wird - von zehn Gigawatt bis 2030 zu erreichen ist.

Eine Studie der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften und der Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie zeigte allerdings:

Im Juni 2022 befanden sich nicht einmal halb so viele Projekte mit einem Installationstermin vor 2030 in der Projektdatenbank wie politisch angekündigt.

Dazu kommt: Die benötigte Menge an Öko-Energien für die Erzeugung des Wasserstoffs kann in Europa nicht hergestellt werden.

Deshalb setzt die deutsche Regierung auf den Import von Wasserstoff, zum Beispiel aus Kanada, aber auch aus der Ukraine, Tunesien oder Nigeria.

Allerdings wird es noch Jahre dauern, bis die ersten Lieferungen kommen. Bisher scheinen konkrete Lieferungen nur aus Kanada in 2025 angekündigt, wo bisher allerdings weder Produktions- noch Lieferkettenprozesse feststehen.

Der BDI dazu:

Ein Industriebetrieb wird nicht bereit sein, einen hohen Investitionsaufwand in eine Anlage zu tätigen, wenn ein gesicherter Zugang zu einer Versorgung mit klimaneutralem Wasserstoff nicht gewährleistet werden kann.

4. Gebäude

Ziel: *"Bis 2030 muss der Ausstoß (des Gebäudesektors) auf 67 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente sinken." Schon der Koalitionsvertrag sieht außerdem vor, "dass jede ab 2025 neu eingebaute Heizung auf der Basis von 65 Prozent erneuerbarer Energien betrieben werden soll."*

Realität: 2021 betrug der Ausstoß 115 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Eine Studie im Auftrag des Verbändebündnisses Wohnungsbau ergab, dass die Kosten für Sanierungen in Deutschland bei bis zu 150 Milliarden Euro pro Jahr liegen würden, wenn der Sektor bis 2045 klimaneutral sein möchte.

Eine absurd hohe Summe.

Gleichzeitig lassen die explodierenden Energiekosten und die Inflation kaum Spielraum bei der Anpassung der Mieten.

Wer soll das also zahlen?

Ein weiterer Mietpreisanstieg wäre schlichtweg sozial nicht verkraftbar.



Die Sanierung von Häusern und Wohnungen kostet viele Milliarden Euro. © dpa

Gleichzeitig wurden die Fördersätze für Sanierungsmaßnahmen verringert. Der Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft, **Axel Gedaschko**, kritisierte das scharf:

Das ist die größtmögliche Katastrophe für das Engagement der sozial orientierten Wohnungsunternehmen für den Klimaschutz.

Ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung sieht außerdem vor, dass bei Sozialwohnungen jährlich fünf Terawattstunden Endenergie eingespart werden sollen.

Verbandspräsident Gedaschko stellt klar:

Die Kosten dafür lägen bei rund 66 Milliarden Euro. Die zur Finanzierung eines solchen immensen Vorhabens notwendigen Mietanhebungen sind bei Sozialwohnungen logischerweise so gut wie unmöglich.

Hinzu kommt, dass inflationsbedingt die Sanierungskosten von Gebäuden deutlich ansteigen, erklärt **Tim-Oliver Müller**, Chef des Verbands der Bauindustrie:

Der enorme Preisanstieg bei Baumaterial und Energie schwächt die reale Investitionskraft, auch am Bau. Schon heute verzeichnen wir bei Bauleistungen Preissprünge von fast 20 Prozent. Das gibt Anlass zur Sorge. Denn: Bei gleichen Investitionsbudgets können so weniger Projekte umgesetzt werden als vorgesehen.

Realistisch sind auch die Öko-Ziele bei der energetischen Versorgung der Gebäude nicht.

Bis vor Kurzem war die Gasheizung die günstigste Heiz-Option.

Strombasierte Wärme und Wärmepumpen waren nicht weit verbreitet, weil sie nicht wirtschaftlich waren. Jetzt soll durch die neuen Klimaziele die Wende so schnell wie möglich vollzogen werden. Die Gaspreisexplosion befeuert diese Entwicklung.

Und wieder kommt die Realität den Zielen in die Quere: Es fehlt an Material und Fachkräften.

Der Verband der Wohnungswirtschaft erklärt:

Bei den ambitionierten Vorhaben wird die aktuelle Mangelsituation bei den notwendigen Materialien wie Wärmepumpen und Fachkräften für die Sanierungen und Installation von Photovoltaik-Anlagen und Wärmepumpen allerdings komplett ausgeblendet.

Fazit: Der Klimawandel ist und bleibt die größte Herausforderung unserer Zeit, weil er eine existenzielle Bedrohung für diesen Planeten darstellt.

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen wünscht sich mehr Klimaschutz und will die Erderwärmung begrenzen.

Doch die Wirklichkeit darf auch bei hehren Vorsätzen nicht ausgeblendet werden. Sonst wenden sich die Menschen vom Klimaschutz ab.